



THEMA 3: Transformationsprozesse

Lehr- und Lernhilfen

Interne Transformation

Der Wandel der deutsch-polnischen Beziehungen im Spiegel von Geschichtsbüchern am Beispiel der Darstellung der Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Polen

von: *Ewa Nasalska*

Mitte der 90er Jahre erlangte die Vergangenheit in den deutsch-polnischen Beziehungen eine neue Aktualität. Die Rückkehr des Themas "Vertreibung der Deutschen" in den Geschichtsdiskurs der Bundesrepublik Deutschland rief in Polen heftige Emotionen hervor und löste eine intensive Debatte aus. Das Projekt, ein "Zentrum gegen Vertreibungen" zu errichten, wurde oft als Teil eines groß angelegten Versuches angesehen, in der Bundesrepublik die Geschichte umzuschreiben, die deutsche Schuld zu verkleinern und die Deutschen vor allem als Opfer des Krieges darzustellen. Die Spannungen, die aus dieser Tendenz erwachsen, wirkten sich auch auf die aktuelle Politik zwischen beiden Ländern aus.

Im Folgenden werden einige Ergebnisse präsentiert aus einer umfangreichen Inhaltsanalyse polnischer und deutscher Geschichtsbücher,¹ die zwischen 1956 und 2004 erschienen und in Klassen der Sekundarstufe beider Länder benutzt wurden bzw. noch in Gebrauch sind².

Im Mittelpunkt des Interesses steht die Frage, wie die Nachkriegsbeziehungen zwischen Deutschen und Polen in den Schulbüchern dargestellt werden. Es soll insbesondere untersucht werden, wie die Verschiebung der deutsch-polnischen Grenze nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem die daraus folgende Konsequenz, nämlich die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten, die auf der Potsdamer Konferenz Polen zugesprochen worden waren, in den Schulbüchern behandelt wird. Diese Problematik dominiert die neueste Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen wie kaum ein anderes Thema der Nachkriegszeit, und sie kann als Grundlage dienen für die Herausbildung einer nationalen Identität bei jungen Deutschen und Polen.

Jede Seite akzentuierte mithilfe von Schlüsselbegriffen, insbesondere in der Propaganda, einen jeweils anderen Aspekt dieser Ereignisse, die im Bewusstsein der Empfänger bestimmte Konfigurationen der Inhalte hervorriefen: auf polnischer Seite war das - insbesondere in der Ära der Volksrepublik Polen - der Begriff "wiedergewonnene Gebiete", auf deutscher Seite - insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland - wurde bis zum Jahr 1989 entsprechend der Begriff "Vertreibung" gebraucht.

¹ Ewa Nasalska: *Polsko-niemieckie dyskursy edukacyjne: lata 1949-1999*
Wydawnictwo Naukowe Scholar, Warszawa 2004, 376 S.

² Eine vollständige Liste der untersuchten polnischen und deutschen Lehrbücher findet sich in der zugehörigen Materialsammlung (T PL/7 und T DE/8). Sie enthält auch Zitate aus einigen dieser Lehrbücher.

- **Schwerpunkte der Darstellung in polnischen Geschichtsbüchern in den 50er und 60er Jahren**

Die Verwendung des Terminus "Vertreibung" hatte in der Volksrepublik Polen politischen Charakter, weil er mit dem Begriff "westdeutscher Revisionismus" verbunden wurde und im Widerstreit mit der Konzeption der "wiedergewonnenen Gebiete" lag. Der Ausdruck "wiedergewonnene Gebiete" geht auf eine Konzeption zurück, gemäß der die auf "altem piastischem Gebiet" lebenden Deutschen dieses verlassen mussten, um dem Grundsatz der historischen Gerechtigkeit zu entsprechen. Sowohl "Vertreibung" als auch "wiedergewonnene Gebiete" wurden stereotyp generalisierend gebraucht. Im öffentlichen Diskurs wurden sie als Signalworte verwendet, sie enthalten eine wertend-emotionale Komponente und unterstützen die nationale Identität der Polen und Deutschen.

Diese Begriffe spielten während der gesamten Nachkriegszeit, die nach unserem Verständnis im Jahr 1990 mit der deutschen Vereinigung und dem Grenzvertrag zwischen Polen und Deutschland endete, in den polnisch-deutschen Beziehungen eine wichtige Rolle als eine Art kollektiver Symbole.

Dies gilt insbesondere für den Begriff "wiedergewonnene Gebiete", der im öffentlichen Diskurs zu einem Symbol der "historischen Gerechtigkeit" wurde. Der Begriff "Vertreibung" wurde im öffentlichen Diskurs in Polen nicht gebraucht, weil er ein stark wertendes Element enthält, denn die Bewertung der Täter (der Polen) ist eindeutig negativ. In Polen wurden die Ereignisse entweder unter dem Begriff Aussiedlung (*wysiedlenie*) zusammengefasst oder das Thema wurde ignoriert. Eine grundsätzliche Veränderung in Bezug auf die Verwendung des Begriffs "Vertreibung" im öffentlichen Diskurs in Polen trat erst Anfang der 90er Jahre auf.

Der Wandel im öffentlichen Diskurs geht darauf zurück, dass in der Präambel des 1990 zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Vertrages beide Vorgänge genannt wurden, indem sowohl der Begriff Vertreibung als auch der Begriff Aussiedlung verwendet wurden:

"... eingedenk dessen, dass seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges 45 Jahre vergangen sind, und im Bewusstsein, dass das schwere Leid, das dieser Krieg mit sich gebracht hat, insbesondere auch der von zahlreichen Deutschen und Polen erlittene Verlust ihrer Heimat durch Vertreibung oder Aussiedlung, eine Mahnung und Herausforderung zur Gestaltung friedlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern und Staaten darstellt, ..." (aus: Deutsch-Polnischer Grenzvertrag vom 14.11.1990)

Sowohl der Begriff "Vertreibung" als auch die Konzeption der "wiedergewonnenen Gebiete" beruft sich auf moralische Normen und allgemeine Menschenrechte in internationalen Beziehungen. Dabei wird das jeweils von der anderen Seite zugefügte Unrecht hervorgehoben und die eigene Seite als die jeweils schwächere des Konfliktes betrachtet. Unterschiede ergeben sich allerdings bei der zeitlichen Perspektive. In den deutschen Lehrbüchern beruft man sich auf die drastischen Ereignisse, die sich nach dem Krieg im Zusammenhang mit der Aussiedlung der Deutschen ereignet haben. Die polnische Seite stellt dagegen die Ereignisse dar, die sich vor 1945 ereigneten und betrachtet sich deshalb als schwächere Seite, die dann geschichtliche Gerechtigkeit erlebte.

Aus diesem Grund wurde in Polen bis 1989 vermieden, den Begriff "Vertreibung" für die Aussiedlung der Deutschen zu verwenden, weil in dem Begriff (brutale) Gewalt von der Seite des Täters impliziert ist. Die Berufung auf moralische Normen erfolgte hauptsächlich dadurch, dass auf die Grausamkeit des Gegners verwiesen wurde. Die von den Gegnern begangenen Grausamkeiten wurden von Generation zu Generation weitergegeben. Sie wurden damit zu einem Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses und bleiben auch im Gedächtnis der jungen Generation verankert. Durch die Berufung auf die von der feindlichen Seite begangenen Grausamkeiten wird der Gegensatz zwischen den nationalen Gruppen nicht nur rationalisiert (Beschreibung der Fakten), sondern er wird sogar zur moralischen Verpflichtung für die einzelnen Glieder der Gruppe.

Auf beiden Seiten ist die Tendenz zur Aufrechnung von Unrecht und Schuld sichtbar. Sowohl die Deutschen als auch die Polen beriefen sich bei dem an ihnen begangenen Unrecht auf internationale Rechtsnormen, die in diesem Fall im Potsdamer Vertrag fixiert waren. In deutschen Lehrbüchern findet sich bei der Behandlung der Vertreibung oft eine Gegenüberstellung des Punktes XIII des Potsdamer Abkommens von 1945, in dem die Grundsätze der Aussiedlung der Deutschen bestimmt wurden, mit einem Bulletin (direkt oder indirekt) über die Verletzung dieses Erlasses durch die polnische Seite. In den polnischen Lehrbüchern werden ebenfalls Rechtskategorien (im Sinne des internationalen Rechts) im Zusammenhang mit in dieser Zeit an Polen begangenen Unrecht herangezogen, auch hier beruft man sich auf die Potsdamer Entscheidung.

In dieser Konfliktsituation exponierte keine der beiden Seiten ihre Überlegenheit oder ihre Stärke, sondern beide wollten sich auf das durch die jeweils andere Seite erlittene Unrecht berufen. Die Konzeption der "wiedergewonnenen Gebiete" diente - zusammen mit dem Appell an die "geschichtliche Gerechtigkeit" und dem Mythos über die piastische Vergangenheit der in Potsdam Polen zugesprochenen Gebiete - der Befriedigung eines elementaren Gerechtigkeitsgefühls (jahrhundertlang währendes Unrecht wurde wieder gutgemacht). Sie wurde aber auch ausgenutzt, um das Gefühl der nationalen Identifikation zu stützen und das nationale Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Durch den Verweis auf innere nationale Ähnlichkeiten und ein, im positiven Sinne, gemeinsames politisches Schicksal wurde die Sonderstellung der nationalen Gruppe hervorgehoben. Die positiven Nationalmerkmale und die Ausnahmestellung der eigenen Nation (im Sinne von "wir sind besser als die") zeigten sich nach dieser Auffassung in der Tatsache, dass die Gebiete in Übereinstimmung mit Gerechtigkeitsprinzipien und internationalem Recht Polen zugesprochen wurden.

- **Polnische Geschichtslehrbücher der 50er Jahre**

Im einzigen Lehrbuch aus dem Jahr 1956 (Historia VII, 1956) wird in knapp zwei Sätzen die damals im öffentlichen Diskurs als verbindlich geltende Bestimmung zu der polnischen Westgrenze ausgedrückt, danach habe sich die Sowjetunion, die USA und Großbritannien darauf geeinigt, uralte piastische Gebiete an Polen zurückzugeben, die den Polen einst von den Deutschen entrissen worden seien. (T PL/1)

Die Aussiedlung der Deutschen wurde nicht als eigenständiges Thema behandelt, sondern es wurde nur am Rande erwähnt, dass die Deutschen zusammen mit dem Rückzug der Hitlerarmee geflohen oder umgesiedelt seien. (T PL/2)

Die Grenzveränderung und die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen wurden in den polnischen Geschichtslehrbüchern der 50er Jahre als nationaler und ideologischer Konflikt dargestellt. Das Ausmaß des nationalen Konflikts wurde durch die Rhetorik der Konzeption der "wiedergewonnenen Gebiete" unmissverständlich ausgedrückt. In diesem Fall stimmten die in den Lehrbüchern übermittelten Propagandainhalte voll mit dem gesellschaftlichen Empfinden überein. Der Standort Polens im damaligen internationalen, politischen System (u.a. aufgezwungene Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR) bewirkte, dass die Interpretation der im Zusammenhang mit der Grenzveränderung vor sich gehenden Ereignisse aus einer klassenbewussten und ideologischen Perspektive erfolgte.

Mit den Problemen der bei Kriegsende in Polen lebenden Deutschen setzte man sich nur an wenigen Stellen auseinander. Die lakonische Feststellung, dass "die deutsche Bevölkerung nach Deutschland umgesiedelt wurde" scheint in diesem Zusammenhang nichts weiter als eine Ergänzung zur Konzeption der historischen Gerechtigkeit zu sein. Die tatsächlichen Probleme, die mit der Umsiedlung der Deutschen verbunden waren, wurden von den Autoren der Lehrbücher für die Grundschule bis zum Ende der 80er Jahre nicht zur Sprache gebracht.

Explizit hingewiesen wird allerdings auf die Konzeption der "historischen Gerechtigkeit", die sich in den folgenden Lehrbüchern voll entfaltete. Über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung erfuhren die Schüler nichts, obwohl diese erst im Jahr 1951 abgeschlossen war.

- **Deutsche Geschichtslehrbücher der 50er Jahre**

Das Bild vom zweiten Weltkrieg wurde dominiert von der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Dabei wurde den Einzelheiten der Vertreibung ein breiter Raum eingeräumt. (T DE/1)

Bei der Darstellung der neuen Grenze an Oder und Neiße wurde ihr vorläufiger Charakter hervorgehoben, was in den polnischen Geschichtsbüchern dieser Zeit nicht erwähnt wurde. (T DE/2)

In der DDR war das Thema "Vertreibung" wie in Polen und in der Tschechoslowakei tabu, obwohl die sowjetische Zone (spätere DDR) den höchsten Anteil an Flüchtlingen und Vertriebenen hatte aufnehmen müssen. In den ostdeutschen Geschichtsbüchern spiegelt sich die sowjetische Perspektive der Behandlung der Frage der Aussiedlung der Deutschen wider. (T DE/3)

- **Polnische Geschichtslehrbücher der 70er Jahre**

Anfang der 70er Jahre entspannten sich die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundestag ratifizierte im Jahr 1972 den "Warschauer Vertrag" von 1970, in dem die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens anerkannte. Bereits im Juni desselben Jahres bestätigte Papst Paul VI eine neue Kirchenorganisation für die westlichen und nördlichen Gebiete. Diese Tatsachen beeinflussten auch die Darstellung der polnisch-deutschen Beziehungen in den Geschichtsbüchern.

In den Lehrbüchern der 70er Jahre berief man sich bei der Darstellung der Veränderung der polnischen Westgrenze und der Umsiedlung der Deutschen auf internationale Rechtsvorschriften, d.h. auf die Potsdamer Beschlüsse und gleichzeitig auf allgemein gültige moralische Normen und Gerechtigkeitsprinzipien, wobei die in Polen intuitiv angenommene Konzeption der "Rückgabe der alten piastischen Gebiete" als ausgleichende Gerechtigkeit empfunden wurde. (T PL/3)

- **Deutsche Geschichtslehrbücher der 70er Jahre**

In den westdeutschen Geschichtsbüchern wurden die Aussagen zum Thema der Zwangsaussiedlung der Deutschen gemildert. In den Texten, die die Grausamkeit der Vertreibung schildern, wurden in der Regel die Täter sehr allgemein erwähnt oder zusammen mit anderen Völkern, insbesondere den Tschechen. Es wird eine Tendenz sichtbar, deutsch-polnische Konfliktdarstellungen zu vermeiden. (T DE/4)

In den Geschichtsbüchern der DDR lassen sich in Hinblick auf die Vertreibung der Deutschen so gut wie keine Unterschiede zu den Schulbüchern der 50er Jahre feststellen. (T DE/5)

- **Polnische Geschichtslehrbücher der 90er Jahre und Anfang des XXI. Jahrhunderts**

Auffällig ist, dass sich in polnischen Geschichtsbüchern seit den 90er Jahren eine Tendenz abzeichnet (diese Tendenz wird auch in den nächsten Jahren fortgesetzt), dem von der deutschen Zivilbevölkerung während der Umsiedlung erlittenen Unrecht mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Seit Anfang der 90er Jahre lassen sich bei der Darstellung dieser Ereignisse zwei Komponenten unterscheiden: einerseits wird herausgestellt, dass das Vorgehen der Polen dem Prinzip der Rechtmäßigkeit entsprach - was sich darin zeigt, dass es mit Zustimmung der Großmächte erfolgte, andererseits wird betont, dass die Notwendigkeit dieses Vorgehens historisch motiviert war. Die Umsiedlung wird in allen untersuchten polnischen Lehrbüchern der 90er Jahre als gerecht und notwendig bezeichnet. (T PL/4)

In einem anderen Schulbuch wird die Umsiedlung der Deutschen aus einer neuen Perspektive betrachtet. Sie wird eng verbunden mit der Zwangsumsiedlung der polnischen Bevölkerung aus den östlichen Gebieten des Landes, die der Sowjetunion zugesprochen worden waren. (T PL/5)

Seit Beginn des XXI. Jahrhunderts lassen sich in polnischen Geschichtsbüchern außerdem auch Andeutungen finden über Standpunkt und Empfindungen der ausgewiesenen Deutschen. (T PL/6)

- **Deutsche Geschichtslehrbücher an der Wende vom XX. zum XXI. Jahrhundert**

Auch hier zeichnet sich ein leichter Wandel ab. Die Gründe für die Aussiedlung der Deutschen werden zwar öfter als noch in den 50er Jahren betont, aber dennoch werden sie von ca. 50 % der untersuchten Lehrbücher verschwiegen. In den 70er Jahren war das nur bei ca. 33 % der untersuchten Lehrbücher der Fall.

Demgegenüber wird das Problem der Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Polen in deutschen Geschichtsbüchern der 90er Jahre ausdrücklich herausgestellt, die Gründe, die dazu geführt haben, werden aber nur in jedem zweiten untersuchten Lehrbuch deutlich betont. (T DE/6)

In den deutschen Geschichtsbüchern, die auch zu Anfang des XXI. Jahrhunderts zugelassen waren, finden sich im Vergleich zu denen, die zu Beginn der 90er Jahre benutzt wurden, so gut wie keine Unterschiede in der Darstellungsart der Ausweisung der Deutschen. (T DE/7)

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die deutsche Nation das Recht hat, das Leiden der Vertriebenen in den Geschichtsbüchern zu schildern. Wenn jedoch die Gründe der Vertreibung nicht ebenfalls ausdrücklich genannt werden, besteht die Gefahr, dass sie im Bewusstsein der jungen Generation in Vergessenheit geraten und dadurch eine Änderung des Verhaltens behindert wird.

Zusammenfassung

Es ist nicht zu bezweifeln, dass Leben, Freiheit, Sicherheit, Heimat und Wohnung zu den höchsten Werten gehören, die die Menschen besitzen. Aggressionskrieg, Mord und Vertreibung verletzen diese Werte auf das Empfindlichste und können den Frieden zwischen ganzen Völkern über Generationen hin stören, wenn nicht im Dialog versucht wird, Einigkeit herzustellen über Ursache und Wirkung und über die Frage: Wer war wodurch Täter oder Opfer?

Die Antworten auf diese Fragen sind sowohl für das Selbstverständnis als auch für das der anderen an Konflikten beteiligten Gruppen oder Staaten so wichtig, dass sie im Schulunterricht den heranwachsenden Jugendlichen mit auf den Weg gegeben werden.

Die Analyse der deutschen und polnischen Geschichtsbücher der letzten 50 Jahre hat gezeigt, dass beide Länder Standpunkte und Bewertungen vertreten haben, die zunächst weit auseinander lagen. Im Zuge der allgemeinen politischen Entwicklung in Europa haben die Darstellungen und Bewertungen einen Transformationsprozess durchgemacht, der eine tragfähige Basis für ein friedvolles Zusammenleben gelegt hat.

Eine dialogische Erinnerungskultur mit den benachbarten Staaten ist die notwendige Voraussetzung für ein europäisches Wir-Gefühl, ohne das eine gemeinsame Identität und Solidarität in Europa nicht entstehen kann.

In diesem Zusammenhang haben europäische Projekte im Bildungswesen, die das Bewusstsein für gemeinsame Werte stärken, eine große Bedeutung für das friedliche Zusammenleben der Europäer. Lehrer und außerschulische Multiplikatoren finden hier eine geeignete Plattform, Missverständnisse, Vorurteile und Animositäten auszuräumen zum Wohle und Nutzen der heranwachsenden Generationen.